

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am Donnerstag, dem 02.09.2010, im Selbstlernzentrum des Gymnasiums Baesweiler (Verwaltungs-
trakt, II. Etage)**

Beginn: 17.00 Uhr

Ende: 18.50 Uhr

Anwesend waren:

a) **stimmberechtigt:**

Backhaus, Wolfgang
Baumann, Marita für Mürkens, Franz-Josef
Bockmühl, Gabriele
Grotenrath, Petra
Mohr, Bruno
Pehle, Bernd, als Vorsitzender
Puhl, Mathias
Schmittmann, Jörg für Pohlen, Dr. Christina

b) **beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 Satz 7 ff. GO NW:**

Herkens, Michael

c) **sachkundige Einwohner:**

Klein, Gisela
Sarioglu, Nazan für Eldemir, Abdullah

d) **von der Verwaltung:**

Bürgermeister Dr. Linkens
StOAR Ohler
Dipl.-Ing. Peters
StA Engels als Schriftführer

e) **unentschuldigt fehlten:**

Pfarrer Küppers
Pfarrer Gürtler

T a g e s o r d n u n g :

A) Öffentliche Sitzung

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 16.03.2010
2. Das neue schulpolitische Programm der Landesregierung;
hier: Auswirkung auf die Stadt Baesweiler als Schulträger
3. Sachstandsbericht zur Entwicklung des Gymnasiums Baesweiler durch den stellvertretenden Schulleiter, Herrn Wilhelm Merschen
4. Mitteilungen der Verwaltung
5. Anfragen von Ausschussmitgliedern
6. Sachstandsbericht über die baulichen Maßnahmen am Gymnasium und Rundgang

Die Mitglieder des Ausschusses waren durch Einladung vom 12.08.2010 auf Donnerstag, den 02.09.2010, unter Mitteilung der Tagesordnung zu dieser Sitzung einberufen worden.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht.

Zur Sitzung wurde ordnungsgemäß eingeladen und der Ausschuss war mit der Zahl der erschienen Mitglieder beschlussfähig.

A) Öffentliche Sitzung**1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 16.03.2010**

Einstimmig genehmigte der Schulausschuss die Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 16.03.2010.

2. Das neue schulpolitische Programm der Landesregierung; hier: Auswirkung auf die Stadt Baesweiler als Schulträger

Bezugnehmend auf die Vorlage teilte Dr. Linkens mit, dass es am heutigen Tage nicht möglich sei, das neue schulpolitische Programm der Landesregierung und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Stadt Baesweiler als Schulträger verbindlich zu erläutern. Die Eckpunkte der Koalitionsvereinbarung seien den Mitgliedern des Schulausschusses bekannt. Manche Stichworte aus dem neuen Schulprogramm würden sicherlich Diskussionsbedarf erzeugen. So seien sicherlich Stichpunkte, wie beispielsweise "längeres gemeinsames Lernen", "Gemeinschaftsschule" oder auch "die Förderung der Gesamtschule" offene Fragen, die seitens der Verwaltung mit Interesse verfolgt würden.

Sodann machte er den Standpunkt der Verwaltung deutlich. Die Grundschulen in den einzelnen Stadtteilen sollen auf jeden Fall erhalten bleiben. Das dies eines der zentralen Themen sei, habe das intensive Bemühen um den Erhalt des Grundschulstandortes Beggendorf gezeigt.

Bezüglich der Entscheidung hinsichtlich des "längeren gemeinsamen Lernens" sei zum heutigen Zeitpunkt eine konkrete Aussage nicht möglich. Wichtig sei der Verwaltung, dass das bewährte und sehr gute dreigliedrige Schulsystem in der Stadt Baesweiler erhalten bleibe.

So sei man derzeit dabei, mit hohem finanziellen Aufwand, hervorragende bauliche Voraussetzungen am Gymnasium der Stadt Baesweiler zu schaffen. Im Bereich der Hauptschulen habe man die GHS Lessingschule leider schließen müssen, dennoch sei man an der GHS Goetheschule in Baesweiler hervorragend in der Lage, die Schüler der Hauptschule in Setterich aufzunehmen. Das neue Miteinander der Schülerinnen und Schüler der beiden Schulen funktioniere sehr gut.

Auch die Realschule in Setterich habe über die Stadtgrenzen Baesweilers hinaus einen ausgezeichneten Ruf. Ebenfalls seien hier durch entsprechende Investitionen sehr gute Bedingungen für die pädagogische Arbeit geschaffen worden. Als Beispiel führte Dr. Linkens hier den Bau der Mensa sowie die Einrichtung zweier naturwissenschaftlicher Räume an.

Dennoch zeigte er sich unzufrieden, da viele Baesweiler Schüler in den umliegenden Kommunen zur Schule gehen würden. Dies sei insbesondere bei den Gesamtschulen in Übach-Palenberg und Alsdorf der Fall. Eine verbindliche Erklärung, warum viele Baesweiler Kinder und Jugendliche in anderen Städten zur Schule gehen, habe man derzeit nicht. Dennoch sei man bestrebt, nach Lösungen zu suchen und sei offen für jeden Lösungsansatz, der eine plausible Erklärung für das derzeitige "Auspendeln" der Schüler liefere.

Nochmals bezugnehmend auf das neue schulpolitische Programm der Landesregierung erläuterte Dr. Linkens, dass in der Landesverfassung festgeschriebene Konexitätsprinzip. Es sei möglich, dass Änderungen, die seitens der Landesregierung beschlossen werden, möglicherweise mit Kosten für bauliche Maßnahmen hier in Baesweiler verbunden seien. Das Konexitätsprinzip besage, dass derjenige, der die Veränderungen veranlasse auch für die Kosten aufkommen müsse. Auf die Einhaltung dieses Prinzips werde man seitens der Verwaltung genauestens achten.

Zusammenfassend stellte er fest, dass man hinsichtlich der konkreten Umsetzung des neuen schulpolitischen Programmes der Landesregierung zunächst abwarten müsse. Man sei aber bestrebt, die schulortnahe Beschulung beizubehalten und habe die Hoffnung, dass dies von der neuen Landesregierung positiv begleitet werde.

Für die CDU-Fraktion schloss sich Herr Puhl den Ausführungen des Bürgermeisters an. Man sehe derzeit keinerlei Handlungsbedarf, an der derzeitigen "Schullandschaft" in Baesweiler etwas zu ändern.

Herr Backhaus teilte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit, dass man bezugnehmend auf das Gymnasium und die Realschule durchaus einer Meinung mit den Ansichten der Verwaltung sei. Dennoch sehe man Probleme im Bereich der Hauptschule. Man sei auf Seiten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Ansicht, dass es lediglich eine Frage der Zeit sei, wann neben der Schließung der Hauptschule in Setterich ähnliche Probleme an der Hauptschule in Baesweiler aufkommen würden. Man dürfe die Augen nicht davor verschließen, dass es derzeit in Baesweiler nicht gelänge, Schüler angemessen zu beschulen, da die Befürchtung im Raum stehe, dass viele Eltern die Kinder nicht mehr an Hauptschulen sondern an Gesamtschulen in den umliegenden Städten anmelden würden. Für die Schulform der Hauptschule läge bei den Eltern derzeit wenig Akzeptanz vor.

Für die SPD-Fraktion teilte Frau Bockmühl mit, dass man sich ihrerseits in der Verantwortung sieht, nicht nur an die Gegenwart sondern auch an die Zukunft zu denken. Sobald entsprechende stichhaltige Ergebnisse vorliegen würden, würde man seitens der SPD-Fraktion entsprechend Position beziehen.

Ausschussmitglied Herkens fragte an, ob es Erhebungen gäbe, warum Baesweiler Schüler die Schulen in den umliegenden Kommunen besuchen würden.

Zu gegebener Zeit, so Dr. Linkens, werde man Erhebungen anstellen, aus welchen Gründen die Baesweiler Schülerinnen und Schüler zu anderen Schulen pendeln. Er wies jedoch darauf hin, dass bei aller Unzufriedenheit über die Auspendlerzahlen aber Handlungsmöglichkeiten gegeben sein müssten, um entsprechende Pendlerbewegungen zu verringern.

Herr Backhaus erbat von der Verwaltung eine Vorlage für die nächste Sitzung des Schulausschusses, in welcher die Schulen dargestellt sind, die seitens der Auspendlerschüler frequentiert werden. In dieser Vorlage sollten sowohl die rückwirkenden als auch aktuellen Zahlen dargestellt sein. Diese Anfrage ist mit Schreiben vom 15.09.2010 befriedigt worden.

3. Sachstandsbericht zur Entwicklung des Gymnasiums Baesweiler durch den stellvertretenden Schulleiter, Herrn Wilhelm Merschen

Einleitend teilte Dr. Linkens dem Ausschuss mit, dass die Schulkonferenz beschlossen hat, Herrn Merschen aus dem Beteiligungsverfahren der Bezirksregierung Köln als Schulleiter zu bestellen. Das seitens des Rates der Stadt Baesweiler bestehende Vetorecht werde nicht in Anspruch genommen, so dass eine offizielle Bestätigung des Herrn Merschen als Schulleiter des Gymnasiums Baesweiler in naher Zukunft erfolgen werde.

Im Folgenden gab Herr Merschen einen Überblick über die derzeitige Situation und die Entwicklung des Gymnasiums Baesweiler. Zunächst teilte er einige statistische Daten, zum Beispiel Schülerzahlen und Lehrerzahlen, mit. Ein zentrales Thema der Ausführungen waren die Auswirkungen der Ablegung des Abiturs nach 12 Schuljahren. Zentraler Punkt sei, dass deutlich mehr Unterricht gegeben werden müsse. Am Gymnasium der Stadt Baesweiler werde dies durch die Einführung von sogenannten "Langtagen", welche bis 16.00 Uhr dauern, bewältigt. Für die Klassen 5 und 6 bedeute dies einen Langtag pro Woche, für die Klassen 7 - 9 bedeute dies zwei Langtage pro Woche.

Erhebliche Auswirkungen habe das Abitur nach 12 Schuljahren auch auf das ortsansässige Vereinsleben, welches unter den deutlich höheren Unterrichtsstunden sehr leide. Gleichzeitig falle für die Schüler der Ausgleich, welcher meist durch Teilnahme an Vereinsaktivitäten vollzogen werde, komplett weg. Selbstverständlich habe diese Verkürzung auch Auswirkungen auf die Lehrer; Die Anwesenheitszeiten für die Lehrer an der Schule hätten sich deutlich erhöht.

Sodann erläuterte er noch einige Probleme, die im Zusammenhang mit der derzeit durchgeführten energetischen Sanierung des gesamten Gymnasiums stünden. Er dankte der Verwaltung, dass Probleme konfliktfrei und auf dem kürzesten Wege zu lösen seien.

Der Ausschussvorsitzende Pehle dankte Herrn Merschen für die Ausführungen.

Ausschussmitglied Herkens fragte nach einem pädagogischen Konzept speziell für hochbegabte Schüler.

Herr Merschen erläuterte daraufhin zunächst, dass man selbstverständlich an der Schule ein pädagogisches Konzept erarbeitet habe und insbesondere in den Klassen 6, 7 und 8 Förderkurse anbiete. In der Klasse 9 ist ein Angebot von Förderkursen nicht möglich, da hier aufgrund des Stundenumfanges im Rahmen des Stundenplanes einfach keine Zeit sei entsprechende Kurse anzubieten. Darüber hinaus biete man selbstverständlich auch für höher begabte Schülerinnen und Schüler entsprechende "Powerkurse" an. Gerade diese Kurse seien an Schüler gerichtet, die daran interessiert seien, weitergehende Förderung neben dem regulären Unterricht zu erhalten. Entsprechende Förderkurse würden sowohl im sprachlichen als auch im naturwissenschaftlichen Bereich angeboten.

Für die SDP-Fraktion dankte Frau Bockmühl Herrn Merschen für die ausführlichen Informationen. Sie wies auf die "schreckliche" Situation der nur noch 8 Jahre dauernden Gymnasialzeit hin und stellte die Frage in den Raum, warum man das Gymnasium nicht zu einer regulären Ganztagschule mache. Hier hätten insbesondere Vereine die Möglichkeit, sich den Schülerinnen und Schülern zu präsentieren.

Dr. Linkens erläuterte, dass es nicht Aufgabe des Schulträgers sei zu entscheiden, ob die Zeit an einem Gymnasium 8 oder 9 Jahre dauere. Dies sei vom Gesetzgeber so vorgeschrieben worden. Das Kollegium des Gymnasiums habe vor diesem Hintergrund entschieden, dass das Gymnasium nicht als reguläre Ganztagschule eingerichtet werden solle.

4. Mitteilungen der Verwaltung

Es lagen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

5. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Bezugnehmend auf die Schulentwicklungsplanung und die letzte Sitzung des Schulausschusses vom 16.03.2010 fragte Frau Bockmühl an, wie viele Anmeldungen an der GHS Goetheschule zu Beginn des Schuljahres vorlägen.

Herr StOAR Ohler antwortete, dass in der Schulentwicklungsplanung 60 Anmeldungen prognostiziert waren und aktuell 53 Anmeldungen vorlägen. Diese Zahl könne sich aber durchaus noch erhöhen.

Weitere Anfragen von Ausschussmitgliedern lagen nicht vor.

6. Sachstandsbericht über die baulichen Maßnahmen am Gymnasium und Rundgang

Dr. Linkens dankte Herrn Peters und dem gesamten Team des Hochbauamtes der Verwaltung für die geleistete Arbeit im Rahmen der anstehenden Projekte. Dr. Linkens nannte einige Beispiele, die aus den Mitteln des Konjunkturpaketes II realisiert würden.

Bezugnehmend auf das Gymnasium sei man sich bewusst, dass es aufgrund der energetischen Sanierung zu vielen Problemen gekommen sei und auch weiterhin kommen werde und manches nur durch Übergangslösungen zu bewältigen sei.

Er dankte Herrn Merschen, der als Koordinator für den Umbau an der Schule zuständig sei. Darüber hinaus dankte er dem Kollegium und der Schülerschaft, dass die "Auslagerung" einzelner Klassen in die Räumlichkeiten der Lessingschule problemlos vonstatten gehe. Er hob des Weiteren hervor, dass die gesamte energetische Sanierung, insbesondere aufgrund des Umfanges, große Anerkennung, auch nach Außen, erhalte.

Im Folgenden gab Herr Peters einen Überblick über die baulichen Maßnahmen und den zeitlichen Ablauf der Maßnahmen am Gymnasium.

Sodann begaben sich die Mitglieder des Schulausschusses auf einen von Herrn Peters geführten Rundgang durch das Gymnasium.

Der Ausschussvorsitzende schloss die Sitzung und wünschte allen Ausschussmitgliedern einen guten Heimweg.

Der Ausschussvorsitzende:

(Pehle)

Der Schriftführer:

(Engels)